



Medienmitteilung

Zürich, 28. März 2024

Beschlüsse der Kommissionen

KEVU: Einzelinitiative zum Ausbau der Weinländer Bahnlinien soll abgelehnt werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Einzelinitiative einer Person aus Adlikon, «Für die Bewilligung eines Kredites für einen Ausbau der Weinländer Bahnlinien Winterthur – Schaffhausen und Winterthur – Stein am Rhein» abzulehnen ([KR-Nr. 108/2021](#)). Sie folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Mit der Einzelinitiative werden unter anderem ein Doppelspurausbau, eine Verbindungsschleife, inklusive einer neuen Brücke über die Thur, sowie die Einrichtung neuer Haltestellen gefordert. Mit dem Ausbausritt 2035 (STEP AS 20235) ist im Weinland jedoch bereits ein weiterer massgeblicher Angebotsausbau mit zwei S-Bahnlinien geplant, die jeweils im Halbstundentakt über Winterthur weiter nach Zürich geführt werden. Die von der Einzelinitiative zusätzlich geforderten Infrastrukturausbauten wären mit sehr hohen Kosten verbunden, die für die Fahrgäste nur einen geringen Nutzen bringen würden.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

KEVU: Postulat zum Einsatz von Recyclingbeton soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat der FDP betreffend «Kreislaufwirtschaft fördern: Einsatz von Beton- und Mischabbruch» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 40/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, dem Kantonsrat einen Bericht zu unterbreiten, wie im Kanton eine graduelle Steigerung des Anteils an qualitativ hochwertigem Recycling-Beton im Hoch- und Tiefbau zu erreichen ist und wie das durch das AWEL gesetzte Ziel bis zum Jahr 2022 erreicht werden soll. In seiner ausführlichen Antwort hält der Regierungsrat fest, dass bei Bauten des Kantons, wenn möglich, bereits Recyclingbeton verwendet wird. Eine weitere Steigerung des Einsatzes von rezyklierte Gesteinskörnung in ungebundenen Anwendungen kann daher nur erreicht werden, wenn der Einsatz in Bauwerken von Privaten erhöht wird.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

KEVU: Postulat gegen die Strommangellage soll als erledigt abgeschrieben werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat aller Fraktionen betreffend «Kantonale Massnahmen und Vorbereitung gegen Strommangellagen» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 282/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, aufzuzeigen, welche kantonalen Massnahmen im Fall einer Strommangellage ergriffen werden müssen. In ihrer Antwort zeigt die Regierung unter anderem das Potenzial für eine Reduktion des Strombedarfs im Kanton auf, präsentiert das Kommunikationskonzept zur Umsetzung von Stromsparappellen und weist als einschneidendste Massnahme auf die Möglichkeit einer Kontingentierung des Stroms bei öffentlichen Institutionen hin.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84



STGK: Digitale Transformation der Verwaltung schreitet voran

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat der FDP betreffend «Digital first» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 160/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Erlasse einen ausschliesslich medienbruchfreien und digitalen Vollzug verhindern und wie und bis wann diese Hindernisse beseitigt werden können. Der Regierungsrat kommt in seinem Bericht zum Schluss, dass die wesentlichen Elemente des im Postulat formulierten Anliegens in den folgenden Massnahmen enthalten sind: Der Kanton Zürich hat mit dem Rechtsetzungsprojekt DigiLex und der damit einhergehenden Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) die Grundlagen erarbeitet, um die Leistungen der öffentlichen Organe vollumfänglich elektronisch erbringen zu können. Die Teilrevision ist beschlossen und soll gemeinsam mit der Verordnung voraussichtlich am 1. Januar 2025 in Kraft treten.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

STGK: Nachhaltigkeit im öffentlichen Beschaffungswesen gewinnt an Bedeutung

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von FDP, GLP und Mitte betreffend «Nachhaltigkeit als Kriterium für das öffentliche Beschaffungswesen» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 212/2019](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, um den mit der Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) einhergehenden Paradigmenwechsel in Richtung «Qualitätswettbewerb, Innovation und Nachhaltigkeit» im Kanton Zürich umzusetzen. Auch der Regierungsrat ist der Meinung, dass die öffentliche Hand eine innovative und nachhaltige Wirtschaft fördern sowie eine Vorbildrolle übernehmen kann, und stützt sich daher bei der Beschaffung auf die Sustainable Development Goals der UNO. Das nachhaltige Beschaffungswesen ist zudem bereits Teil verschiedener Strategien und Zielsetzungen – wie der Langfristigen Klimastrategie oder der Strategie Kreislaufwirtschaft. Folglich kommt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zum Schluss, dass die Anliegen des Postulats in den ergriffenen Massnahmen enthalten sind. Die STGK teilt diese Einschätzung.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

GPK: Fristerstreckung zur Motion für Medizin-Studienplätze soll genehmigt werden

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, eine vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu einer von Mitte-Kantonsrätin Janine Vannaz eingereichten Motion zu genehmigen ([KR-Nr. 125/2021](#)). Mit der Motion wird der Regierungsrat aufgefordert, mit einer Gesetzesvorlage aufzuzeigen, wie im Kanton Zürich zusätzliche Studienplätze für die Humanmedizin realisiert werden können. Gemäss Regierungsrat sind dazu jedoch tiefere Klärungen und Planungen nötig, die mehr Zeit benötigen.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.